

# Politisches Durchwurschteln

■ **Betrifft: Zum Entwurf des Landesentwicklungsplans in Sachen Windkraft schreibt Jürgen Baur, Sprecher der Dahlemer Windinitiative.**

Der von der Staatskanzlei NRW vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) schlägt hohe politische Wellen – vor allem in Ostwestfalen, das nun mit einer „dritten Welle“ der Windindustrialisierung überschwemmt werden soll. Dafür soll die Fläche allein im Regierungsbezirk Detmold von bisher 4.500 ha auf 10.500 ha mehr als verdoppelt werden.

Wer in windhöffigen Orten wohnt, fragt sich zuallererst: Wo sollen denn noch weitere Anlagen hingestellt werden, wenn schon jetzt fast jede freie Fläche rundum verbaut ist? Und einigermaßen ungläubig nimmt er zur Kenntnis, dass – laut LEP-Entwurf – zugleich ausreichende Freiräume „für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport und Freizeitnutzungen“ und für den Erhalt „biologischer Vielfalt“ vorgehalten werden sollen; dass der landschaftlichen Vielfalt ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird, weil sie „für die Verankerung der regionalen Identität und die Verbundenheit mit der Heimat“ so wichtig sei; dass der Flächenverbrauch („Flächenfraß“) durch Zersiedelung und gewerbliche Nutzung vermindert werden soll; dass „den Erfordernissen des Umweltschutzes Vorrang einzuräumen (sei), wenn Leben und Gesundheit oder die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind“ usw.

Man kann sich mithin des Eindrucks nicht erwehren, dass am LEP-Entwurf viele mitgeschrieben haben, ohne sich untereinander abzustimmen. Also wird auf „Nutzungskonflikte“ verwiesen, ohne mögliche Konfliktlösungen an irgendeiner Stelle auch nur anzudeuten. Lösungen könnten sowieso nur vor Ort gefunden werden, weshalb alle allgemeinen landesplanerischen Vorgaben für die Ausweitung von Windvorranggebieten schlichtweg untauglich sind. Erwartungsgemäß werden nun jene offensichtlichen „Nutzungskonflikte“ auch in

der politischen Diskussion weidlich genutzt: Die NRW-Opposition (CDU/FDP) macht die Windenergie zum Wahlkampfthema und lehnt gleich den gesamten LEP-Entwurf als „Machwerk“ ab; die SPD steckt in einer bundes-landes-kommunalpolitischen Zwickmühle und möchte am liebsten gar keine Position beziehen; die Bündnisgrünen stehen in Treue fest zu ihrem grünen Umweltminister, um mit immer fadenscheinigeren Argumenten zu verteidigen, was ökologisch nicht mehr zu rechtfertigen ist. Mancherorts allerdings keimt Hoffnung auf: In einigen Kommunen lässt sich erkennen, dass standortbezogene Debatten quer über alle Parteien hinweg in Gang kommen – weil sie sich darauf verständigen und darauf konzentrieren, eine sozialverträgliche Nutzung der Windenergie vor Ort zu bewerkstelligen. Euphorie kann gleichwohl nicht aufkommen, solange die grundlegenden Probleme nicht gelöst sind: Wie kann, bei den enormen Schwankungen der Windenergiegewinnung zwischen Stillstand und Nennlast, eine energetische Grundversorgung sichergestellt werden? Wie lässt sich das Speicherproblem lösen, wenn derzeit noch keines jener hoffnungsfroh verkündeten „intelligenten Netze“ zur Verfügung steht, in denen die Leistungen der verschiedenen Energieträger bedarfsgerecht zusammengeführt werden könnten?

Wann endlich gibt auch die „wissende“ Landesregierung zu, dass bei der Energiewende politisches „Durchwurschteln“ die Tagesordnung beherrscht? Die Lobbyisten der Windindustrie dürfen sich weiter an Subventionen erfreuen; deren grüne Anhänger schreiben weiter realitätsfremd schönfärberische Leserbriefe; die Kommunalpolitiker winden sich zwischen Widerstand und Akzeptanz; die kritischen Bürgerinitiativen mahnen zur planerischen Zurückhaltung; auf den Bürgerversammlungen laufen immer mehr „Wutbürger“ Sturm – und die Staatskanzlei und das Umweltministerium planen unbeirrt weiter.

**Jürgen Baur**

33 100 Paderborn